

Bismarckstraße

Fürst Otto von Bismarck, 1815 - 1898, Reichskanzler, preußischer Ministerpräsident, Ehrenbürger der Stadt Braunschweig

Otto von Bismarck wurde am 1. April 1815 in Schönhausen in der Altmark geboren. Sein Vater stammte aus einem alten preußischen Adelsgeschlecht, seine Mutter aus einer Gelehrtenfamilie. Seine Kindheit verlebte er in Pommern, wohin die Familie übergesiedelt war. Nach der Schulzeit in Berlin studierte Bismarck an den Universitäten Göttingen und Berlin Rechtswissenschaft. Ab 1836 war er als Rechtsreferendar in Aachen tätig. Drei Jahre später übernahm er die Verwaltung der elterlichen Besitzungen. Seine politische Laufbahn begann 1847 als Mitglied des Vereinigten Preußischen Landtags. Den revolutionären Ereignissen 1848/49 stand Bismarck ablehnend gegenüber. Die weiteren Stationen seiner politischen Karriere: 1849/50 Mitglied der 2. Kammer des preußischen Landtags, Botschafter Preußens am Bundestag in Frankfurt am Main 1851- 1859, in Petersburg 1859–1862 und in Paris 1862.

Als sich der Heeres- und Verfassungskonflikt in Preußen 1862 zuspitzte, als die Abdankung König Wilhelms unmittelbar bevorzustehen schien, wurde Bismarck von seinem Posten in Paris nach Berlin gerufen. Er erklärte sich bereit, als preußischer Ministerpräsident die Krise im monarchischen Sinn zu lösen, d.h. die Heeresreform auch gegen das Parlament durchzusetzen. Bismarck war bereit, bedingungslos für die Krone einzutreten. Aufsehen erregte die Rede des neu ernannten Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut“. Neben der innenpolitischen Krise stellte sich in diesen Jahren die „deutsche Frage“ als Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland zwischen Preußen und Österreich. Im Krieg gegen Dänemark 1864 um Schleswig und Holstein hatte die Zusammenarbeit der beiden Großmächte noch funktioniert. Doch die Konflikte zwischen beiden nahmen zu, bis es 1866 zum Krieg zwischen beiden kam. Nach dem preußischen Sieg (Königgrätz) schied Österreich aus dem deutschen Einigungsprozess aus. Bismarck setzte die Annexion nicht nur Schlesiens und Holsteins, sondern auch Hannovers, Kurhessens, Nassaus und Frankfurts durch. An die Stelle des aufgelösten Deutschen Bundes trat 1867 der Norddeutsche Bund unter Führung Preußens – ein weiterer Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit. Die Stärkung Preußens verschärfte die deutsch-französischen Konflikte, die schließlich im Sommer 1870 in den Krieg mit Frankreich mündeten, an dem sich auch die süddeutschen Staaten entsprechend ihrer Bündnisverpflichtungen beteiligten. Der rasche militärische Sieg über Frankreich und der Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund führten am 18. Januar 1871 zur Kaiserproklamation Wilhelms I. im Spiegelsaal von Versailles und zur Gründung des Deutschen Reiches. Es war die Reichsgründung von „oben“, im Herzen des besiegten Landes, im Kreis von Fürsten, Generälen und Diplomaten, während die Öffentlichkeit und die Volksvertretung im Hintergrund blieben.

Das Kaiserreich war eine konstitutionelle Monarchie, deren Verfassung Bismarck entscheidend geprägt hatte: ein Bundesstaat mit preußischer Vormachtstellung, mit einem aus allgemeinen, gleichen Wahlrecht hervorgegangenen Reichstag – ein kühnes Experiment in der damaligen Zeit und einem nur dem Kaiser, nicht dem Parlament, verantwortlichen Reichskanzler.

In den folgenden zwei Jahrzehnten bestimmte Bismarck als Reichskanzler die deutsche Politik. In der Außenpolitik hielt er das Deutsche Reich nach den Gebietsgewinnen der zurückliegenden Jahre (Elsaß-Lothringen) für saturiert. In dem von ihm gestalteten Bündnissystem blieb Frankreich isoliert, während Deutschland mit Österreich-Ungarn und Rußland Bündnisse schloss (Zweibund,

Dreikaiserbündnis und Rückversicherungsvertrag). In der spät und zögernd verfolgten Kolonialpolitik versuchte er einen Konflikt mit England zu vermeiden. Im Jahr 1879 erließ er einen Schutzzoll, um die heimische Industrie und den heimischen Markt vor ausländischer Konkurrenz zu schützen.

Die Innenpolitik prägten die Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche im Kulturkampf und der Kampf gegen die Sozialdemokratie (Sozialistengesetz). Gleichzeitig versuchte er mit der Einführung der Unfall-, Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung die Arbeiterschaft für den monarchischen Staat zu gewinnen. In den letzten Regierungsjahren kam es zu einer wachsenden Spannung zwischen Bismarck und dem Parlament. Zu einer von ihm zeitwillig erwogenen Abschaffung des Reichstags ist es aber nicht gekommen.

Seit der Thronbesteigung Wilhelm II. 1888 hatte sich das Verhältnis zwischen Bismarck und dem Kaiser ständig verschlechtert; politische und persönliche Differenzen waren nicht mehr zu überbrücken. Am 18. März 1890 reichte Bismarck sein Rücktrittsgesuch ein, das Wilhelm umgehend annahm. Am 20. März erhielt Bismarck seine Entlassungsurkunde, verbunden mit der Verleihung der Würde eines Herzogs von Lauenburg. Bis heute bekannt ist die Karikatur einer britischen Zeitung: Der Lotse geht von Bord.

Bismarck zog sich auf seinen Landsitz Friedrichruh im Sachsenwald bei Hamburg zurück. Hier schrieb er seine Memoiren „Gedanken und Erinnerung“. Am 30. Juli 1898 ist er in Friedrichsruh gestorben. Da hatte im Kaiserreich schon längst eine geradezu mythische Verehrung des „Eisernen Kanzlers“ eingesetzt.



Bismarck Lotse geht von Bord